

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1947**

37 (17.5.1947)

# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr Nr. 37

F B S W

Samstag, 17. Mai 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

## Morgen fällt die Entscheidung!

Alle fortschrittlichen Wähler lehnen die Verfassung ab

### Badische Männer und Frauen!

Wollt Ihr eine neue Ordnung, in der der Wille des Volkes oberstes Gesetz ist, einen Volksstaat und keinen Obrighkeitsstaat, wollt Ihr eine wirkliche Demokratie und nicht die Herrschaft des Besitzbürgertums über das schaffende werktätige Volk, dann müßt Ihr am 18. Mai die Verfassung ablehnen.

Die CSV und die Demokraten wollen die im Werden begriffene Demokratie in Fesseln schlagen, das Volk soll nur scheinbar über sein Schicksal und über seine Zukunft bestimmen können. In Wirklichkeit haben diese Parteien die

### Klassenherrschaft des Bürgertums

der besitzenden und bevorzugten Schicht in der Verfassung verankert.

Darum fordern sie die Festlegung der Profitwirtschaft, der „freien Wirtschaft“, um aus der Not und dem Elend der breiten Massen aufs neue Kapital zu schlagen und Gewinne einzuheimsen.

Sie haben ein wohl ausgewogenes System der Verteilung der Staatsgewalten, die Trennung der gesetzgebenden Gewalt, der ausübenden Gewalt und der richterlichen Gewalt zum Prinzip der Verfassung gemacht, um die Kontrolle des Volkes über die Verwaltung und Rechtsprechung auszuüben. Sie wollen dadurch die eigentliche Macht der Ministerialbürokratie und der Juristenkaste übertragen, die sich ausschließlich aus der bürgerlichen Schicht und der Beamtenaristokratie rekrutieren.

Die Absicht der CSV, einen Volksstaat unmöglich zu machen und unserem Volk durch ihre Verfassung einen

### Obrighkeitsstaat

aufzuzwingen, wird dadurch deutlich, daß diese Partei einen Staatspräsidenten mit absoluten Vollmachten forderte und einen Ständerat, der nicht vom Volke gewählt, sondern von der christlich-sozialen Regierung unter der Assistenz der Kirchen als Überwachungsinstanz neben dem Landtag eingesetzt werden sollte. Nur dem entschlossenen Protest der Kommunistischen, Sozialdemokratischen und Demokratischen Partei ist es zu danken, daß dieser allzu offensichtliche Versuch, die Rechte des Volkes mit Füßen zu treten, nicht verwirklicht werden konnte.

Geliebt aber ist ein anderes gefährliches Instrument zur Unterdrückung und Verfälschung des Volkswillens, der

### Staatsgerichtshof

Wenn die Wahlberechtigten der vorgelegten Verfassung zustimmen und damit der Errichtung des Staatsgerichtshofes, dann tragen sie vor der kommenden Generation die Verantwortung dafür, daß fünf unabsetzbare, niemandem verantwortliche Fachjuristen die Durchführung wichtiger Entscheidungen der Volksvertretung und der von ihnen beschlossenen Gesetze verhindern können.

Die zur Abstimmung vorgelegte Verfassung der bürgerlichen Parteien will den autonomen

### badischen Kleinstaat

der allerdings mit anderen deutschen Ländern und dem Auslande Verträge abzuschließen berechtigt sein soll. In den 130 Artikeln der Verfassung kommt das Wort Deutschland überhaupt nicht vor. Die CSV will ein südbadisches Naturschutzgebiet für ihre Parteiherrschaft errichten, darum weigert sie sich, ein klares Bekenntnis unseres Staates zu einer zukünftigen deutschen Republik abzulegen. Sie will zurück zur Kleinstaaterei und beweist dadurch, daß die maßgebenden Kreise in ihr nicht das geringste Verständnis haben für die notwendige Mitwirkung unseres Volkes bei der Gestaltung der Zukunft Deutschlands. Sie hofft, mit einem „badischen Nationalismus“ Stimmen für die Aufrechterhaltung ihrer Macht zu gewinnen. Das Schicksal unseres deutschen Vaterlandes interessiert sie nicht, nur die Sicherung ihrer absoluten Mehrheit im südbadischen, klerikal bevormundeten Lande.

Diese Mehrheit der rückwärts gerichteten CSV muß darum am 18. Mai gebrochen werden!

Badische Männer und Frauen! Vergeßt nicht, daß Ihr Deutsche seid! Laßt Euch nicht durch die Annahme der Verfassung — trotz aller schönen Beteuerungen — um das Recht betrogen, Euer Schicksal selbst zu bestimmen, über die Verwaltung und die Rechtsprechung in unserem Lande mitzureden. Lehnt diese scheindemokratische Verfassung ab.

Sagt am Sonntag „nein“ und wählt einen neuen Landtag, in dem die Kommunisten und

Sozialdemokraten so stark werden, daß eine neue, bessere Verfassung geschaffen werden kann, nicht als „Notdachs“, wie die bürgerlichen Parteien meinen, sondern als Fundament eines wirklichen, freien Volksstaates, dessen oberster Leitspruch ist: alles mit dem Volk, durch das Volk, für das Volk.

Die CSV will das unter allen Umständen und mit allen Mitteln verhindern! Ihre Reden und Zeitungsartikel fasseln von einer drohenden „roten Diktatur“, von einer „Vermassung des Volkes“, von „Kollektivismus, Totalitarismus, Staatskapitalismus“ und dem „Untergang der abendländischen Kultur“, wenn unser Volk den Kommunisten und Sozialdemokraten zur Durchführung ihrer Ziele durch die Wahlen Macht und Einfluß verschafft. Die bürgerlichen Parteien können un-

die Verwirklichung christlicher Grundsätze unmöglich machen. Wo war die Kirche, als der Weltkrieg 1914-1918, wo war sie, als der Wahnsinn des Hitlerkriegs als letzte Konsequenz des Machtungers der deutschen Kapitalisten und Militaristen auszubrechen drohten? Haben die Kirchenfürsten die Gläubigen dazu aufgerufen, den Massenmord der Völker durch die Einhaltung des Gebotes: „Du sollst nicht töten“ unmöglich zu machen? Steht nicht heute noch im katholischen Katechismus, daß Gott den Soldaten ausdrücklich die Erlaubnis gibt, Menschen zu töten? Wo war und wo bleibt der Protest der Kirche gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die Millionen Massen um ihr Recht auf ein menschenwürdiges Dasein betrügt? Steht nicht heute im katholischen Katechismus: „Der Arme



## Die Partei des schaffenden Volkes

seren klaren Argumente nicht widerlegen und versuchen — genau wie die Nazi früher — unserem Volk Angst einzujagen vor der „roten Gefahr“. Sie deklamieren inhaltslose und törichte Schlagworte, hinter denen sie ihre eigene Unfähigkeit, Ordnung zu schaffen, und ihre Absicht, ihre Parteiherrschaft zu sichern, verbergen.

Sie behaupten, durch die Kommunisten und Sozialisten sei das

### „Christentum in Gefahr“

In Wirklichkeit aber sind es die christlichen Kirchen selbst, die nicht nur schon immer, sondern auch heute noch, durch die Unterstützung der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaftsordnung

soll zufrieden sein mit dem, was er hat“ und „der Reiche soll den Armen unterstützen!“ Die Masse der arbeitenden Menschen, auf deren Leistung sich die Existenz eines Volkes aufbaut, die den Reichtum erarbeiten, will kein Almosen, keine Brosamen, die von der Herren Tisch fallen, sie fordert ihr Recht auf ein menschenwürdiges Dasein! Dieses Recht aber erkämpfen die Kommunisten und Sozialisten. „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“. In der kapitalistischen Profitwirtschaft aber essen die am besten, die am wenigsten arbeiten, und die sich Tag und Nacht abschufeln müssen, wissen nicht, woher sie für sich und ihre Kinder das tägliche Brot nehmen sollen.

## Die CSV ist verantwortlich

In der früheren badischen Landesverwaltung sind die Vertreter der CSV verantwortlich dafür, daß wir keine Kartoffeln haben für die städtische Bevölkerung und die Verbraucher auf dem Lande! Sie haben durch unverantwortliche Versäumnisse und Nachlässigkeiten verhindert, daß im Herbst 1946 die Kartoffelernte rechtzeitig erfaßt und sichergestellt wurde. Alle Bemühungen des Staatskommissariats für Ernährung diese Fehler wieder gutzumachen, mußten deshalb scheitern. Warum hat es die CSV abgelehnt, die von den Kommunisten schon bald vor 2 Jahren geforderte Einsetzung demokratischer, aus den Kreisen der Bauern und Verbraucher gewählter Dorfkommisionen zu verwirklichen?

Die CSV muß jetzt die Verantwortung dafür übernehmen, daß das Volk hungert!

Die Bauern können sich bei der CSV bedanken dafür, daß das Staatskommissariat für Ernährung, an dessen Spitze ein Vertreter der CSV steht, der sie absolutes Vertrauen bei den Wahlen am 13. Oktober geschenkt haben, zu drakonischen Maßnahmen greifen muß, um nur das Allerschlimmste abzuwehren. Wir wissen, daß Ihr werktätigen Bauern in Eurer schweren Arbeit ohne Erneuerung der Betriebsmittel und Werkzeuge, ohne zulängliches Saatgut, manchmal nicht wißt, wie es weitergehen soll. Zu groß erscheint Euch die Last der hohen Abgaben, die wegen der „Blut- und Bodenpolitik“ der Hitlerherrschaft unserem Volke auferlegt sind, jener Gewaltherrschaft, die Euch ausgenützt und betrogen hat, die Eure Söhne auf den Schlachtfeldern verbluten ließ.

Bauern, warum wählt Ihr nicht links, warum wählt Ihr nicht die Listen der Arbeiterparteien,

die auch für Euch eine bessere und sicherere Zukunft erkämpfen wollen?

Handwerker und Kleingewerbetreibende! Ihr laßt Euch von der CSV ins Bockshorn jagen. Man redet Euch ein, Eure Werkstätten und Kleinbetriebe sollten „vergesellschaftet“ werden! Man hält Euch für so einfältig, daß Ihr diesen Unsinn glaubt. Gehört Ihr nicht zu denen, die von morgens bis nachts schaffen müssen, um leben zu können? Ihr seid keine Kapitalisten! Warum wählt Ihr dann die Vertreter der Profitwirtschaft?

Hausfrauen, nur starke Arbeiterparteien und ihre Machtvertretungen im Landtag können Euch aus Eurer Verzweiflung helfen. Sie werden durch eine Erfassung der Produkte schon in den Betrieben, durch die Kontrolle der Bedarfsgüter und ihre Verteilung dafür sorgen, daß Ihr für Eure Kinder, für den Haushalt das zum Leben Notwendige erhaltet.

Hausfrauen, warum wählt Ihr die unfähigen Vertreter der bürgerlichen Parteien, die Euch trotz ihrer absoluten Mehrheit nicht das Geringste geholfen haben?

Mütter und Frauen, noch sind Eure Söhne und Männer nicht aus der Kriegsgefangenschaft, in die sie die Hitlerverbrecher gejagt haben, zurück, noch sind Eure Tränen um die Gefallenen und Vermissten nicht versiegt und schon wieder spielen die Vertreter der bürgerlichen Parteien mit dem Gedanken, daß wir unter Umständen noch einmal eine

### Militärdienstpflicht

brauchen. Vergeßt es nicht am 18. Mai, was bei den Verhandlungen über die Verfassung deutlich geworden ist. Vergeßt nicht, daß 16 Ver-

(Schluß auf Seite 2)

## Wahlrecht

ist unter der Demokratie

## Wahlpflicht

Jeder geht am Sonntag zur Wahl und stimmt beim

## Volksentscheid mit NEIN!

Zu allermindest muß damit der Diktaturartikel „Staatsgerichtshof“ zu Fall gebracht werden.

W. Prinz (Mains)

## Volksentscheid

Im Mittelpunkt des Volksentscheides in der französischen Zone steht das JA oder NEIN zu den vorgelegten Verfassungsentwürfen. Beim Studium der Entwürfe kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die CDU—CSV die Beschränkung der Souveränität des Volkes verfassungsmäßig verankern wollen. Diese Entwürfe verbreiten einen stark mittelalterlichen Geruch. Dreiteilung der Gewalten, Staatspräsident, Staatsgerichts- oder Verfassungsgerichtshof, Ständerat oder Mehrkammersystem, klerikaler Schulzwang und föderalistisch-separatistische Tendenzen zeigen das wahre Gesicht der Verfasser, von denen schon Heinrich Heine sagt: „Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenne auch die Herren Verfasser“.

Einige Artikel aus den Verfassungsentwürfen der drei Länder genügen, um dieselben zu charakterisieren. So lautet z. B. der Artikel 47 in der südwürttembergischen Verfassung „Der Staatspräsident vertritt den Staat nach außen“ (Das Rumpfgbiet Südwürttemberg zählt rund 1 Million Einwohner). Der Artikel 48 der Weimarer Verfassung ist hier fast wortgetreu verewigt. Art. 60 bestimmt, daß die Richter des Staatsgerichtshofes auf Lebenszeit ernannt werden, während der Art. 65 die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes durch den Staatsgerichtshof entscheiden lassen will. Führer, die Herren Bock und Niethammer von der CDU haben alles getan, um den „Freien Volksstaat Südwürttemberg-Hohenzollern“ zum Asyl antidemokratischer Kräfte zu machen.

Die CSV in Südbaden steht in keiner Weise hinter den Bestrebungen ihrer CDU-Kollegen zurück. Auch hier ein Staatsgerichtshof, der sich aus fünf unabsetzbaren, auf Lebenszeit zu diesem Amt bestimmten Fachjuristen zusammensetzt, die von niemanden zur Verantwortung gezogen werden können. Außerdem kennzeichnen die Dreiteilung der Gewalten, Beamtenhierarchie und der Ungeist des Partikularismus diesen südbadischen Verfassungsentwurf. Ein tolles Husarenstück mit für sie allerdings unangenehmen Folgen leistete sich die CSV, indem sie die Streichung des Artikels 69a vornahm, wonach kein badischer Staatsbürger zur Leistung militärischer Dienste gezwungen werden sollte. Aber die von der Bevölkerung, besonders von den Frauen und Müttern eingesandten Probeabstimmungszettel UNSERES TAG, die mit erregten Begleitschreiben versehen waren, zwangen die CSV, diesen Artikel in der zweiten Lesung wieder in den Verfassungsentwurf hineinzunehmen. Die 265 000 CSV- und die 240 000 CDU-Wähler vom Oktober vergangenen Jahres, die diese rückschrittlichen Verfassungsentwürfe nicht kannten, werden sicherlich bedauern, damals auf die Phrase vom „christlichen Sozialismus“ hereingefallen zu sein. Die Vorschußloberbeeren, die diese Parteien im Oktober 1946 einheimsten, werden zum Dornenkranz im Mai 1947 werden.

Die CDU in Rheinland-Pfalz, die den Staatsgerichtshof schamhaft in „Verfassungsgerichtshof“ umtaufte, versucht durch die Entfaltung eines kulturpolitischen Kampfes über Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschule den reaktionären Inhalt der Verfassung zu verschleiern. Dreiteilung der Gewalten, Mehrkammersystem, Nichtberücksichtigung der Interessen des werktätigen Volkes charakterisieren auch diesen Entwurf.

Alle drei Verfassungsentwürfe erinnern an die klerikal-faschistische Tendenz der Dollfuß- und Schuschnigg-Periode in Oesterreich. Sie sind antidemokratisch, autoritär, föderalistisch und separatistisch. Eine neue Staatsbürokratie und Klassenjustiz soll mit ihrer Hilfe geschaffen werden. Es ist wirklich nicht verwunderlich, daß in den Entwürfen ein klares Bekenntnis zu Deutschland, zur Durchführung der Bodenreform, zur Enteignung der Monopolisten und Rüstungskapitäne Hitlers, zum Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und zur Sicherung der Gleichberechtigung der Frauen und der Jugendlichen fehlt.

Die Stellungnahme der Parteien zu den Entwürfen ist unterschiedlich. In Rheinland-Pfalz steht hinter dem reaktionären Machwerk der CDU die Arbeitsgemeinschaft LDP-Sozialer Volksbund. Die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei beschlossen, die Verfassung abzulehnen. Auf dem Parteitag der SP in der Pfalz wurde erklärt, daß das neue Land Rheinland-Pfalz eine Kunstschöpfung der Zonengeographie sei. „Unser NEIN gegenüber dieser Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz — heißt es im Bericht der SPD — bedeutet ganz unmissverständlich eine Demonstration gegen die Ueberspitzung der föderalistischen Idee im Sinne einer einfach unerwünslichen Zerschlagung Deutschlands in ein System nicht lebensfähiger Kleinstaaten.“

In der ausführlichen Erklärung des Landesparteitages der Kommunistischen Partei Rheinland-

# Wählt Liste 4 und stimmt mit „NEIN“

Pfalz über die Ablehnung der Verfassung heißt es u. a.: „Der vorliegende Verfassungsentwurf für Rheinland-Pfalz ist seinem Wesen nach reaktionär und kein Baustein für ein neues Deutschland. Die geistigen Väter dieses Verfassungsmachwerkes, die dem reaktionären Flügel der CDU angehören, sind weder politisch noch fachlich qualifiziert, eine fortschrittliche, freiheitliche, demokratische Verfassung auszuarbeiten.“

Die Sozialdemokratische Partei Südwürttembergs, die in der ersten Lesung gegen den von der französischen Militärregierung als undemokratisch abgelehnten Verfassungsentwurf stimmte, hat sich mit der CDU geeinigt und wird am 18. Mai für den Verfassungsentwurf stimmen. Die Kommunistische Partei Südwürttembergs beschloß auf ihrem Parteitag in Ebingen, den Verfassungsentwurf abzulehnen, „der sich wie ein Bollwerk gegen den Fortschritt stemmen würde. Die KP ist an den Auftrag der Beratenden Landesversammlung auf einen demokratischen und nicht totalitären Verfassungsentwurf gebunden.“

Die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei Südbadens lehnen beide den Verfassungsentwurf der CSV ab. Die KP Südbadens „fordert alle fortschrittlichen Männer und Frauen Südbadens auf, den Verfassungsentwurf, der von der CSV und DP angenommen wurde, abzulehnen, weil er keine Voraussetzungen schafft, zur Überwindung der gegenwärtigen Not und der Herrschaft des Volkes in unerträglicher Weise einschränkt.“

Im Wahlkampf hat die CDU, nach den Ausführungen Dr. Zimmers auf der Pfälzer Delegiertentagung, die Aufgabe, „im staatsrechtlichen Vakuum Deutschlands, als politischer Regenerator um die deutsche Seele aufzutreten.“

Die CSV Südbadens stellte durch ihren Ministerpräsidenten fest, daß sie „im politischen und wirtschaftlichen, d. h. Staatsleben, mit (ihrer) Weisheit am Ende sind und ohne Gottes Hilfe nicht weiterleben können“. Er wandte sich besonders gegen die „entfesselte Demokratie“, dabei gegen den kommunistischen Verfassungsentwurf polemisierend.

Die Kommunistische Partei in der französischen Zone, die auf ihren Parteitag ein Bekenntnis zur Einheit Deutschlands und der Einheit der Arbeiterbewegung ablegte, ist die einzige Kraft, die der Front der Reaktion geschlossen gegenübersteht. Im Kampf gegen die stark in Erscheinung tretende Teilnahmslosigkeit breiter Kreise der Bevölkerung, im Kampf zur Sicherung der Lebensinteressen des deutschen Volkes steht die Kommunistische Partei an der Spitze. Sie wird sich bemühen, alle Kräfte zu mobilisieren, um die absolute Mehrheit der reaktionären CDU-CSV zu brechen und die reaktionären Verfassungen abzulehnen, um in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Männern und Frauen in den neuen Landtagen neue Verfassungen auszuarbeiten, deren Wahlspruch lautet:

Mit dem Volk!  
Für das Volk!  
Durch das Volk!

## Morgen: Entscheidung / Fortsetzung von Seite 1

Sicherung gegen den Zwang zum Militärdienst in die Verfassung einzubauen. Gebt dieser Partei am Sonntag die Antwort! Zeigt ihr, daß ihr Euch nicht auf neue Mißbräuche lassen und schuldig werden wollt daran, daß Eure Söhne und Männer eines Tages wieder Soldaten werden müssen!

Badische Jugend! Die Kommunistische Partei ist die Partei der jungen Generation, die Partei, die der Zukunft unseres Volkes Form und Inhalt geben wird! Warum steht ihr abseits? Warum schließt ihr rückwärts, warum seid ihr unentschlossen? Gebt Eure Stimme der Partei, die vorwärts drängt, die eine völlige Erneuerung unseres staatlichen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens erstrebt, der Kommunistischen Partei! Helft ihr, Einfluß gewinnen, sie läßt Euch nicht im Stich!

Die CSV rechnet damit, daß die wahlberechtigten Männer und Frauen aus Bequemlichkeit zu der Verfassung „ja“ sagen und damit schon die Anfänge unseres neuen politischen Lebens verpfuschen. Sie will durch hallose

### Verdächtigungen und Verleumdungen

die Kommunistische Partei in den Augen der Wahlberechtigten heruntersetzen, das sind ihre Methoden. Sie rechnet damit, daß die Massen der Arbeiter und Angestellten, der Handwerker und der Bauern, weil sie am meisten durch die äußere Not unseres Volkes gedrückt werden, am Sonntag überhaupt nicht zur Wahl gehen. Gleichzeitig hofft sie, durch die Autorität der Kirchen und ihrer Organisationen den letzten Mann und die jetzige Frau, die unter ihrem Einfluß stehen, und gegen die Arbeiterparteien zu wählen bereit sind, an die Wahlurne zu bringen. Das soll ihr aber nicht gelingen!

Werkstätige in Stadt und Land, sorgt dafür, daß alle fortschrittlichen Wahlberechtigten aus Eurem Bekanntheitskreis am Sonntag zur Wahl und zur Abstimmung gehen! Wir haben durch unsere Reden, Artikel und Aufrufe jedem nachdenkenden Menschen bewiesen, daß

### diese Verfassung kein Fundament für die neue demokratische Ordnung

sein kann, daß sie abgelehnt werden muß!

Badische Männer und Frauen, stimmt deshalb am Sonntag, den 18. Mai, gegen die Verfassung! Legt den Stimmzettel in die Urne, auf dem „nein“ steht. Wählt Kommunisten in den neuen Landtag, die entschlossen sind, eine andere Verfassung zu machen, die die Rechte des Volkes uneingeschränkt sichert und Voraussetzungen

### Die „doppelte“ Sommerzeit

Freiburg. Amtlich wird mitgeteilt: Die Provisorische Regierung ist bei der Militärregierung mit der Bitte vorstellig geworden, von der Einführung der doppelten Sommerzeit im Hinblick auf die begründeten Wünsche der Landwirtschaft, der Arbeiterschaft und der Verkehrsunternehmungen sowie der Schulen Abstand zu nehmen.

## Nur noch 500-1000 Kalorien in US-Zone

General Clay appelliert an die Parteien - Kritische Wochen

Frankfurt. (Südena.) „Die Ernährungslage wird im Laufe der kommenden Wochen besonders ernst sein“, erklärte General Clay vor alliierten und deutschen Journalisten. Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungszone stellte u. a. fest, daß in der amerikanischen Zone die Kartoffeln so gut wie unauffindbar seien. Die durchschnittliche Tagesration in der amerikanischen und britischen Zone belaufe sich auf 500 bis 1000 Kalorien anstelle der vorgesehenen 1550 Kalorien. Die Deutschen fänden außerdem, wenn auch immer schwieriger, eine Ergänzung zu ihrer Verpflegung auf dem schwarzen Markt in einer Höhe von 150 bis 200 Kalorien täglich. Das sei ein Beweis dafür, daß noch Lebensmittel vorhanden seien.

Um diese Lage zu beseitigen, hätten die Vereinigten Staaten beschlossen, in den Monaten Mai und Juni 335 000 Tonnen Brotgetreide nach Deutschland zu schicken, die es erlauben würden, die Bedürfnisse der Bevölkerung für 21 oder 22 Tage im Monat zu decken. Es werden mehrere kritische Wochen vergehen, bevor es möglich ist, über diese Sendungen zu verfügen.

Inzwischen haben die deutschen Länderregierungen begonnen, auf den Aufruf General Clays im Länderrat zu reagieren. Im Gebiet von München z. B. ist die Viehhaltung in der Woche von 700 auf 500 Stück angestiegen. Unter diesen Umständen wird es, wenn der gute Wille weiterhin zum Ausdruck kommt, nicht notwendig sein, zu den Zwangsbeschlagnahmen zu schreiten, von denen die Gerichte bereits sprachen.

General Clay gab im übrigen zu, daß die Ernährungslage in der amerikanischen Zone geeignet sei, innerhalb der Bevölkerung Unruhe und Unzufriedenheit hervorzurufen. Er setze jedoch sein Vertrauen in die führenden Persönlichkeiten der politischen Parteien und der Gewerkschaften, die, wie er sagte, dem deutschen Volk die Anstrengungen der Vereinigten Staaten begrifflich machen müßten.

Der amerikanische Oberbefehlshaber wurde ferner über die Einstellung der Besatzungsbehörden gegenüber den verschleppten Personen befragt und erwiderte darauf, daß es diesen immer freigestellt sein würde, zwischen der Repatriierung oder der Auswanderung zu wählen, daß es aber in der Absicht der Militärregierung liege, sie zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu ermutigen. General Clay erläuterte außerdem, daß zwischen dem Oberbefehlshaber der britischen Zone, Repp, „allgemeines Wirtschaftsabkommen geschlossen“ sei, und daß dieses Abkommen noch von den beiderseitigen Regierungen ratifiziert werden müsse.

### Die CDU überließ die Sitzung

Hannover. (Südena.) In seiner Mittwochssitzung nahm der Niedersächsische Landtag eine von den Fraktionen der SPD, FDP und KPD eingebrachte Entschleunigung an, in der das Staatsministerium ersucht wird, dafür Sorge zu tragen, daß Verbrechen, Vergehen und Übertretungen gegen

zungen schafft zur Überwindung der gegenwärtigen Not.

### „Verfassung des Landes Baden“

Durch die Post wird an alle Wähler unter obigem Titel regierungsseitig eine Broschüre ausgegeben (Druck Poppen & Ortman, Freiburg). Damit keine Irrtümer aufkommen, machen wir darauf aufmerksam, daß es sich nur um den Entwurf einer Verfassung für Südbaden handelt. Man soll selbst in Wahlzeiten den Tatsachen nicht vorausgreifen.

### Wahlverse der Demokratie

„Der Verfassung, die nun da,  
Geben wir ein glattes — „Ja“

Unsere Antwort:

Auf sowas fällt doch niemand mehr herein;  
Wer Demokrat ist, sagt natürlich — „Nein“!

„Wer in Städten und in Dörfern wohnt,  
Wählt demokratisch im Wonnemond.“

Unsere Antwort:

Einmal demokratisch im Wonnemond,  
Aber einmal 'ne Politik vom Mann im Mond.

### Bayrische Demokratie

München. Die in den bayerischen Landtag gewählten zehn kommunistischen Abgeordneten sind bekanntlich durch die „vollendete“ Demokratie in Bayern von der Mitarbeit im Parlament ausgeschlossen. So ausgezeichnet funktionieren im christlichen Bayern die Nazimethoden. Die „Parlamentsfraktion“ der KP ausserhalb des Bayer. Landtages sieht deshalb gezwungen, ihre Parlamentssitzen selbstständig abzuhalten. Hier ihre Einladung zur ersten Parlamentstagung:

Wir beehren uns, Sie zu unserer

#### 1. öffentlichen Sitzung

der „Parlamentsfraktion der PKD außerhalb des Bayer. Landtages“ am Mittwoch, den 21. Mai 1947, nachmittags 15 Uhr, einzuladen. Wir würden uns freuen, Sie begrüßen zu können.

Parlamentsfraktion der PKD,  
außerhalb des Bayer. Landtages

G. Fischer, Fraktionsvorsitzender.

Ein brandmarkendes Zeugnis wie weit es die christliche Demokratie in Bayern gebracht hat.

### SPD und Internationale

Brüssel. (Südena.) Das Sekretariat der sozialistischen Partei Belgiens dementiert offiziell die im Ausland veröffentlichte Nachricht, daß die sozialistische Partei Belgiens die Absicht habe, auf dem Sozialistenkongress in Zürich die Wiederaufnahme der deutschen Sozialdemokraten in die sozialistische Internationale vorzuschlagen.

die auf dem Gebiete der Bewirtschaftung von Lebensmitteln erlassenen Gesetze und Verordnungen strengstens abgeurteilt werden, gleichviel ob es sich bei den Schuldigen um Erzeuger oder Verbraucher handelt.

Die Bevölkerung der industriellen Gebiete und der Städte, so heißt es in der Begründung dieser Entschleunigung, sei durch die Ernährungskatastrophe vom Hungertode bedroht. Bemühungen um den friedlichen und demokratischen Aufbau des politischen Lebens verlor dadurch Sinn und Aussicht auf Erfolg. Landtag und Staatsregierung müßten darum alles daransetzen, die Möglichkeiten des eigenen Landes bis zum äußersten auszuschöpfen. Deshalb gehe an alle Erzeuger und Verteiler von Lebensmitteln und sonstigen bewirtschafteten Bedarfsgütern der dringende Appell, die Not und Verzweiflung der städtischen Bevölkerung nicht zu verkennen. Vor der Abstimmung über die Entschleunigung hatten die Fraktionen der NLP und CDU mit Ausnahme von acht Abgeordneten der CDU unter Protest die Sitzung verlassen. Diese Fraktionen nahmen erst nach der Abstimmung ihre Plätze wieder ein.

### Sitzstreik

Stuttgart. Wie Dena meldet, hat die gesamte Belegschaft der Vereinigten Kugellagerfabriken in Cannstatt, insgesamt etwa 700 Arbeiter und Angestellte, in einem Sitzstreik gegen das Ausbleiben der kalorienmäßig zugesicherten Lebensmittel protestiert. Erst nach Zusicherung durch die Militärregierung und den bizonalen Rat für Ernährung und Landwirtschaft, daß die bisherigen Zulagen künftig bei einer 40-stündigen (bislang 45 Stunden) Arbeitszeit aufrechterhalten bleiben sollten, wurde der Streik abgebrochen.

### Hamburg und Ruhr Notstandsgebiete

Hamburg. (Südena.) Der Hamburger Senat gab dem von den Gewerkschaften eingebrachten Vorschlag, Hamburg und das Ruhrgebiet zum „Notstandsgebiet“ zu erklären, seine Zustimmung. Der Vorschlag werde den zuständigen britischen und deutschen Behörden übermittelt werden.

### Frankreichs Brotorgen

Paris (Südena). Der Präsident der französischen Republik, Vincent Auriol, richtete am Mittwochabend über den Rundfunk einen Appell an die französischen Landwirte. Er erklärte u. a.: „Wir müssen unbedingt und sofort drei Millionen Doppelzentner Getreide haben, um den Übergang sicherzustellen. Deshalb sage ich Euch: Liefert unverzüglich Euer Getreide ab, und zwar bis zum letzten Korn.“

Der Präsident fuhr fort: „Sie werden wohl verstehen, daß die Hilfe aus dem Ausland, auf die wir rechnen können, nur begrenzt ist, und zwar vor allem, weil überall in der Welt ein Mangel an Brotgetreide (Weizen, Gerste, Mais) herrscht. Zum andern müssen wir diese Produkte einführen, und dazu brauchen wir Devisen. An diesen fehlt es uns jedoch...“

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies der Präsident der Republik darauf hin, daß das nunmehr freiwillig zur Ablieferung gelangende Getreide zum gleichen Preise bezahlt werde, wie das Getreide, das im November 1946 abgeliefert worden sei. Die Landwirte forderte er auf, nicht mehr an ihr eigenes Interesse zu denken, sondern im Geiste der nationalen Solidarität zu handeln.

### Aufruf an alle Verschleppten

Ihr alle, wenn es Euch möglich ist, kehret diesen Frühling in die Heimat zurück.

Kehret nach Hause zurück, um Eueren Landsleuten beim Wiederaufbau zu helfen und an den Früchten dieses Wiederaufbaues Teil zu haben.

Das ist die Botschaft, die ich Euch heute sende. Wir Mitglieder der UNRRA haben mit Euch zusammengeliebt und gearbeitet. Wir kennen Euer Probleme und sind in Verbindung mit denjenigen, die diese Probleme in Eurem Heimatland lösen wollen.

Von den polnischen und jugoslawischen UNRRA-Missionen erhielten wir Berichte, die besagen, wie sehr Euer Mitbürger Eurer bedürfen. Sie arbeiten an einem großen Werk, demjenigen des Wiederaufbaues, und sie bitten Euch, sich anzuschließen.

Für jeden gibt es dort Arbeit.

Für jeden gibt es dort Lebensmöglichkeit.

Für jeden gibt es dort Ehre und Würde.

Täuscht Euch darüber nicht, laßt Euch nicht durch falsche Gerüchte irreführen.

Erinnert Euch daran, daß die UNRRA heute ebenso wie in der Vergangenheit, niemals an Maßnahmen erzwungener Rückführung teilnehmen wird.

Aber zurückbleiben heißt, sich auf die dunkelste und ungewisse Zukunft vorzubereiten. Die Gelegenheit, nach Hause zurückzukehren — zurückgeführt zu werden —, ohne Kosten und mit aller notwendigen Fürsorge für Eure Bequemlichkeit und Wohlbefinden, wird Euch von neuem geboten.

Ergreift diese Gelegenheit; Euer Eltern, Euer Freunde, Euer Vaterland erwartet Euch.

Meyer Cohen,  
Generaldirektor der UNRRA in Europa.

### Neuer Säuberungskommissar

Freiburg. Zu unserer Notiz, über die Neubesetzung des Säuberungskommissariats teilt uns der neue Staatskommissar mit: Eine Notiz von der amtlichen Pressestelle ist Ihnen bezüglich meiner Ernennung nicht zugegangen. Sie enthält darüber hinaus noch einen groben Fehler. Ich gehöre nicht der CSV an. Ich erwarte daher eine klare und sofortige Berichtigung in Ihrer nächsten Ausgabe. Ich lege Wert darauf, daß diese Berichtigung noch vor dem 18. Mai erfolgt.

Der Staatskommissar: Dr. Nunier.  
Wir bedauern wieder einmal, daß die Ministerien die Presse nicht direkt informieren. — Red.

# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

## Kirchliche Bevormundung

Dr. B. Wahlkampf und Verfassungskampagne gehen am heutigen Samstag zu Ende. Es zeigte sich eine Schärfe der Auseinandersetzung zwischen den Parteien, die ein gutes Zeichen für eine freie lebendige Demokratie wäre, wenn es sich dabei allerseits um in sachliches und ernstes Ringen um die politischen Probleme gehandelt hätte. Statt dessen wurde der Wahlkampf seitens der größten Partei — der CSV-CDU — zu maßlosen Verdrehungen, Hetzereien und persönlichen Verleumdungen gegen die beiden oppositionellen Minderheiten benutzt. Offenbar wollte die CSV-CDU sich das Zeugnis ausstellen, daß sie gar keine demokratische Partei sein will, sondern den Anspruch erhebt, mit ihrer Majorität diktatorisch „Herr im Hause“ zu bleiben.

Ich hatte selbst Gelegenheit, in zwei großen CSV-Versammlungen zwei prominente Männer (in Pfullendorf und Offenburg) zu hören, die Herren Staatssekretäre Hilpert und Dichtel. Es war überraschend, dort die Neugierde zu erfahren, daß die Kommunisten und Sozialdemokraten den Verfassungsentwurf wegen seines „christlichen Inhalts“ abgelehnt hätten. Ebenso überrascht waren offenbar aber auch die Zuhörer, als ich ihnen in der Diskussion auseinandersetzte, daß es für uns weit gewichtiger Fragen als jene „Gottes-Prämisse“ gibt, nämlich jene entscheidenden Artikel, die einer wirklichen politischen und wirtschaftlichen Demokratie entgegenstehen. Politisch ist es der Staatsgerichtshof, den wir ablehnen, weil er die Hauptthese der Demokratie „Des Volkes Wille sei oberstes Gesetz“ verletzt, denn er will über die Volksvertretung des souveränen Landtags die Entscheidung sog. „unabhängiger“ Richter setzen. Und für die kommende Wirtschaftsentwicklung verlangen wir eindeutige Artikel in der Verfassung, welche die Allmacht des Kapitals brechen, das Bestimmungsrecht des arbeitenden Volkes sichern und der Sozialisierung die Bahn frei machen.

Aufmerksamkeit und Beifall bewiesen, daß es in christlichen Kreisen Verständnis und Zustimmung für unsere kommunistischen Forderungen gibt und allerhand Meinungsverschiedenheit mit der Haltung ihrer CSV-Fraktion. Unbezahlbar geht ein politischer Schnitt durch die christliche Wählerschaft! Wir haben auch schriftliche Beweise dafür, mit welchem Ernst und Verständnis CSV-Wähler die kommunistische Politik in UNSEREM TAG verfolgen und wie viele unsere aufrechte, konsequente Haltung in der Verfassungsfrage billigen, indem sie uns ganz offen mitteilen, daß sie zwar CSV wählen, aber gegen die Verfassung stimmen würden. Bravo, wer sich solche Freiheit bewahrt hat!

Diese politische Scheidung versucht die CSV mit religiösem Sammelruf zu verkleinern, um von ihrer Ablehnung „entfesselter Demokratie“ abzulenken und ihre Oktoberwahlphrase „christlicher Sozialismus“ ungestört begraben zu können.

Das Bestreben, die ganze Wahlpropaganda von der politischen auf die religiöse Ebene zu verschieben, war vom ersten Tag an klar, als die „Südwestdeutsche Volkszeitung“ am 23. April die Schlußsätze aus einer Rede des Parteichefs Wohlleb als Wahlparole plaktierte: „Wir wählen Gott!“ So wird heute also wieder nach altem Zentrumsrezept religiöser Stimmengang getrieben und die Geistlichkeit, wie ehedem, in Parteidienste gestellt. Die Trennung von Kirche, Staat und Politik verlangen nicht nur wir, sondern alle guten Christen tun das, vor allem werden jene armen Katholiken dafür sein, die heute hart bestraft in den Entnazifizierungsnetzen zappeln und sich fragen, wer eigentlich die Schuld an ihrem Eintritt in die NSDAP hatte? (Bei diesem Satz machte mir Herr Hilpert den Zwischenruf: Er beleidigt Euch Katholiken, daß Ihr arm im Geiste wäret! — Eine billige Demagogie!) Ich erinnerte an die Tatsache, daß damals im Jahre 1933, als es entscheidend darauf ankam, in christlichem Widerstand gegen Hitler zu bleiben, unter erzbischöflicher Führung auf die Gläubigen zugunsten der Nazis ein religiöser Druck ausgeübt wurde.

Wir ziehen daraus die Lehre, daß selbst der Oberhirte, der in religiösen Dingen als unfehlbarer Führer anerkannt werden mag, in politischer Weitsicht absolut versagt und irreführt hat, Mag man diese politische Anklage — die kein religiöses Gefühl verletzen will — noch so ungerne hören, sie bleibt dennoch wahr, und alle Dokumente, die wir nebenstehend notgedrungen noch einmal dazu anführen, sind keine „Wahlfragen“, sondern Tatsachen; (Auch Herr Staatssekretär Dichtel wird zugeben, daß alle diese Ergebniskundgebungen für Hitler absolut „freimütig“ erfolgt sind und er keinen gleichgeschalteten Zwang daraus „riechen“ kann, auch wenn er seine Nase noch so sehr anstrengt.) Die Folgerung daraus ist nicht schwer, es kommt aber darauf an, daß man sie endlich zieht.

Wir meinen deshalb, daß am Sonntag nicht religiöse Stimmung und Beeinflussung, sondern selbständiges politisches Denken auch bei der christlichen Wählerschaft entscheiden sollte und sind überzeugt, daß viele dieser Wähler weder für die Verfassung, noch für die CVS stimmen werden, weil sie den Mut haben, sich von kirchlicher Bevormundung in der Politik frei zu machen.

UNSER TAG (früher DER NEUE TAG)  
Volkszeitung für Baden und Württemberg

Chefredakteur: Dr. Karl Bittke

Verantwortlich für die Wirt. Ausgabe Oskar Heubegger  
Redaktion: (17b) Offenburg Metzgerstr. 1. Tel. 1374, 1416  
gramm-Adresse: Neutag Offenburg. Verlag: Südwest-Verlag e.G.m.b.H. (17b) Offenburg, Hauptstr. 115, Postfach 361. Fernruf 2207. — Erscheint Mittwoch und Samstag  
— Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einshl. Trägerlohn bei Postbezug zuzügl. Beleggeld. — Druck: Buchdruckerei A. Reil & Co., Offenburg

# Warum waren so viele Katholiken Nazis?

Wer alles sie überredet hat, Hitler Gefolgschaft zu leisten

In dem großen Katzenjammer, in welchem sich heute in Baden so zahlreiche Katholiken durch die harten Entnazifizierungsurteile befinden, fragen sich viele, warum sie damals den politischen Bödsinn begangen haben, in die Nazi-Partei einzutreten. Manche dieser bestraften Bauern, Handwerker, Angestellten, Beamten und Arbeiter waren ehemals brave Zentrumsanhänger und hatten innerlich nichts, aber auch gar nichts mit den politischen Abenteurern der NSDAP, der SA und SS zu tun. Sie standen Christus näher als den Teufeln in Menschengestalt, diesen Verbrechern Hitler, Goering, Goebbels und Konsorten. Und trotzdem haben sie eines schönen Tages den unheilvollen Schritt in die Nazi-Partei getan, vor allem die Jungen, traten der SA und dem Reitersturm bei. Daß sie es aus politischer Überzeugung getan hätten, bestreiten sie. Sie waren zweifellos auch unpolitisch genug, die ganze Tragweite zu übersehen. Warum aber haben sie es getan?

Well es den Katholiken damals von autoritativer Seite her empfohlen worden ist! Weil sie täglich dazu in den katholischen Zeitungen aufgefordert wurden, weil es die Herren Pfarrer predigten und weil die katholischen Organisationen in diesem Sinne wirkten. Die Zentrumsführer haben im März 1933 dem Ermächtigungsgesetz für Hitler ihre Zustimmung gegeben. Die Hauptsache jedoch ist die Haltung des Erzbischofs selbst, der sich oftmals und deutlich zum Führer und zum Dritten Reich bekannt hatte. Heute geben diese armen, in den Maschen der Entnazifizierung zappelnden Katholiken dieser Verführung von kirchlicher Seite her die Hauptschuld.

UNSER TAG ist der Meinung, daß man einmal offen über diese Schuld der Kirche sprechen muß. Umsomehr, als auch während dieser Wahlzeit wiederum die kirchlichen Stellen sich in den politischen Kampf einmischen und unheilvolle Propaganda für die CSV machen, weil wiederum die kirchliche Autorität zu verhängnisvoller Tagespolitik mißbraucht wird. Denn diese CSV treibt eine Politik, welche weder dem demokratischen Aufbau noch dem politischen Fortschritt im allgemeinen nützlich ist. Wenn von unserer Seite auf diese Zusammenhänge hingewiesen und sachliche Beweise vorgelegt werden, so bezichtigt man uns in den CSV-Versammlungen in niederträchtiger Weise der Wahllüge. Das betrifft insbesondere unsere Zitate über die Haltung von Herrn Dr. Groeber und sein überlautes Bekenntnis zum Führer und zum Dritten Reich. Jedoch waren alle unsere Zitate weder entstellt noch gefälscht, sondern lauter Wahrheit. Um das festzustellen, haben wir folgendes Telegramm nach Freiburg gerichtet:

## Telegramm an das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg

Unsere Veröffentlichung über Ergebniskundgebung Seiner Exzellenz des Herrn Erzbischof für Hitler im Oktober 1933 wird in christlich-sozialen Versammlungen als kommunistische Wahllüge erklärt. Erbitten Bestätigung, daß Inhalt auf Tatsache beruht, beziehungsweise wörtlichen Text.

Redaktion UNSER TAG

Auf dieses Telegramm haben wir eine telefonische Antwort des Ordinariats in Freiburg erhalten mit folgender Mitteilung im Auftrag des Herrn Erzbischofs:

„Den Text der besagten Rede in Karlsruhe im Oktober 1933 könne seine Exzellenz der Herr Erzbischof nicht feststellen, weil Notizen zu dieser Rede nicht mehr haben aufgefunden werden können.“

Die richtige Einstellung seiner Hochwürden zu Herrn Hitler sei aus der soeben erschienenen Schrift „Hirtenrufe des Erzbischofs Gröber in die Zeit“ (Verlag Herder, Freiburg 1947) ersichtlich.“

## „Doch schon ziemlich bald“

Die Redaktion hat die 159 Seiten dieser „Hirtenrufe“ durchgesehen. Darin ist in einer umfangreichen Einleitung von Dr. Konrad Hoffmann festgestellt:

„Auch Erzbischof Gröber konnte nicht von Anfang an die volle Erkenntnis des innersten Unwesens und dämonischen Zieles besitzen. Indes wurde er sich nicht erst in später Stunde darüber klar, daß der Kurs auf grobe Gewalt und Unmoralität zusteuerte. Die Symptome und Beweise nationalsozialistischer Hinterhältigkeit, Religionsfeindschaft und menschlicher Entrechtung meldeten sich ja einem offenkundigen Manne auf höherer Warte doch schon ziemlich bald an.“ (Seite 9)

„Ziemlich bald!“ Aber wann war diese Schwenkung? Wir brachten die Treuegelöbnisse vom Oktober 1933, also während des Reichstagsbrandprozesses mit seinen Enthüllungen, und der Zeit der KZ-Barbarei. Die Hirtenrufe selber beginnen mit einem unklaren Aufruf vom 10. Februar 1933 „Gegen die innere Verfeindung“, der sich offenbar jedoch nicht gegen die Regierung Hitlers, sondern im Gegenteil gegen die Abwehrbewegung gegenüber dem soeben errichteten Naziregime richtet. Dann ist in den Hirtenrufen eine Lücke bis zum Jahre 1935. Es fehlen also die Zeugnisse der von uns besonders wichtig erachteten Einstellung des Herrn Erzbischofs während der dreiersten Jahre des Naziregimes.

Für einen im öffentlichen Leben wirkenden „offenkundigen“ Politiker gilt der Satz: „Principis obstat!“ (Wehret den Anfängen). Für die entscheidende Frage also, inwieweit der Herr Erzbischof hauptverantwortlich für die Preisgabe christlichen Widerstandes gegen den Nazismus und das Ueberlaufen von Katholiken und katholischen Organisationen in die Nazifront gewesen ist, gibt diese amtliche Auswahl Gröberscher Dokumente keinerlei Auskunft.

Um der vollständigen Klarstellung willen wäre es also ebenso notwendig wie wünschenswert,

daß auch für die Zeit von 1933 bis 1935 eine offene Klarstellung der Haltung dieser „bekannten, vielbesprochenen Gestalt innerhalb des deutschen Episkopates“ (so wird Herr Dr. Gröber in der Einleitung bezeichnet) noch nachträglich gegeben würde.

Inzwischen sieht sich UNSER TAG genötigt, zur Ergänzung der als „Wahllügen“ erklärten früheren Veröffentlichungen — allesamt absolut wahr! — eine ganze Serie weiterer ähnlicher enttüllender Dokumente zu veröffentlichen. Sie sind unzweifelhaft echt, denn sie stammen aus der

## Deutschen Bodenseezeitung (DBZ)

Katholische Zeitung für das badische Oberland in Konstanz, deren 61. Jahrgang 1933 wir die folgenden Ausschnitte entnehmen:

DBZ — 9. Oktober 1933:

47. Generalversammlung der Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland in Freiburg. Präsident Professor Dr. Heinrich Finke. Anwesender Schirmherr Hochw. Herr Erzbischof Dr. Gröber, der namens des Episkopats begrüßte und der Versammlung seinen bischöflichen Segen erteilte. Für das Kultusministerium sprach Regierungsrat Wohleb. Es wurden Ergebnistelegramme an den Papst, Hindenburg und Hitler gesandt: „Die Görresgesellschaft huldigt dem Führer des deutschen Volkes“ heißt es darin.

## „Restlos hinter der Reichsregierung“

DBZ — 11. Oktober 1933:

Les'artikel „Mit Christus für Deutschland!“ Aus der Firmungsrede des Erzbischofs Dr. Groeber am 9. Oktober in Karlsruhe: Es ist kein Geheimnis, wenn ich feststelle, daß ich mich restlos hinter die Reichsregierung (Hitler) und das neue Reich stelle. Warum soll ich es nicht tun? Wir wissen, was das neue Reich erstrebt. . . Eine der ersten Kundgebungen des Führers war eine christliche (Konkordat). Er hat seine Hand erhoben gegen alle diejenigen, die gegen das Kreuz anstürmen usw.

DBZ — 13. Oktober 1933:

Wir entbieten dem (inzwischen Gehetzten — Red.) Führer des badischen Volkes Reichsstatthalter Robert Wagner zu seinem 38. Geburtstag unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche! (Fettdruck auf der ersten Seite.)

DBZ — 17. Oktober 1933:

Die Katholische Jugend wird von sich aus alles tun, um innerhalb der gesamten deutschen Jugend ihre besondere religiöse Aufgabe zu erfüllen und an der Gesamtaufgabe im Sinne unseres Führers mitzuarbeiten.

DBZ — 19. Oktober 1933:

Bericht über die Diözesentagung der katholischen Werkjugend im Exerzitienhaus des Klosters „Maria Hilf“ in Bühl. Referat von Diözesenpräses

DBZ — 9. Oktober 1933:

Stimmungsbericht über die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“ unter dem Führer von Papen. Die neue Organisation sei von katholischer Seite allenthalben begrüßt worden. Sie arbeite in engem Zusammenhang mit den zuständigen Gau- und Kreisstellen der NSDAP, und ihre Leitung werde von diesen genehmen Persönlichkeiten ausgeübt. Sie sei die Brücke, auf der die wertvollen geistigen Kräfte des Katholizismus ihre Mitarbeit am neuen Staat bekunden könnten. Notwendig sei ein allseitiges, offenes, ehrliches und rückhaltloses Bekenntnis zum Werk des Volkskanzlers Hitler im katholischen Volksteil. Der Nationalsozialismus verwirkliche, was altes Kulturgut und wesentliche katholische Forderung selbst gewesen sei!

DBZ — 9. Oktober 1933:

Bericht von der Zentralversammlung des Katholischen Gesellenvereins in Köln. In neuen Richtlinien sei der Führergedanke für die Deutsche Kolpingfamilie herausgearbeitet. Es wurde ein feierliches Bekenntnis zum Volkskanzler Hitler gegeben.

Dr. Schalk (Freiburg) über die Sendung der katholischen Jugend im neuen Staate.

DBZ — 8. November 1933:

Aufruf der Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“, Ortsgruppe Konstanz: Katholische Männer unserer Stadt haben sich zusammengetan, in treuer Liebe zu unserem neuen Deutschland wie zu unserer hl. Kirche diesen Appell auch in unserer Vaterstadt wie im Seekreise zu verkünden und auszuführen. Das so schwer geschädigte Vertrauen zum katholischen Volksteil durch hingebende Mitarbeit am nationalsozialistischen Deutschland wieder herzustellen unseren katholischen Volksgenossen die herrlichen Gedanken des Nationalsozialismus bis in die letzten Dörfer hinein durch die Kraft überzeugender Aufklärung nahe zu bringen, aber auch dem geliebten Vaterlande die göttlichen Kräfte und Segnungen unseres Glaubens auf jedem Gebiete zu schenken.

Unser allerverehrter und geliebter Erzbischof Dr. Konrad Groeber, zu dem namentlich wir Katholiken des Seekreises voll stolzer Freude aufschauen, hat in einer machtvollen Kundgebung in Karlsruhe am 9. Oktober 1933 das freimütige Bekenntnis abgelegt: „Ich sage, daß ich mich restlos hinter die neue Regierung Adolf Hitlers und das neue Reich stelle.“

DBZ — 10. November 1933:

Vizekanzler v. Papen vor der „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“ in Köln:

Das Dritte Reich Adolf Hitlers baut sich bewußt auf der Basis der beiden christl. Konfessionen auf. Die Großzügigkeit mit der der Führer an die Spitze seines Aufbaues den Vertrag zwischen Kirche und dem Reiche stellt, ist der beste und klarste Beweis für den Weg, den er zu gehen wünscht, und jede Sabotage dieses Weges wäre ein Verrat an dem Werk des Führers selbst.

DBZ — 10. November 1933:

Der evangelische Landesbischof zur Wahl: An sämtliche Glieder der evang. Landeskirche Badens! Ich rufe daher alle Glieder unserer evang. Kirche Badens auf, am 12. November an ihrem Teil mitzuhelfen, daß dieser Tag eine einmütige

## Gedenktage der Woche

- 18. Mai: 1848 Erste deutsche Nationalversammlung in Frankfurt a. M. — 1871 Proklamierung der Kaiserlichen Kommune.
- 19. Mai: 1766 Johann Gottlieb Fichte, Philosoph, geb. — 1841 Saint Simon, franz. Utopist, gest.
- 20. Mai: 1790 Honoré Balzac, franz. Romanschreiber, geboren.
- 21. Mai: 1471 Albrecht Dürer, geb. — 1506 Christoph Columbus gest.
- 22. Mai: 1832 Goethe gest.
- 23. Mai: 1863 Gründung des Allgem. Deutschen Arbeitervereins. — 1882 Igor Strawinsky, russ. Komp. geb. — 1886 Leopold von Ranke, Historiker, gest. — 1906 Henrik Ibsen, norw. Dichter, gestorben.
- 24. Mai: 1744 Jean Paul Marat, franz. Revolutionär, geb. — 1848 Annette Dronthe-Hülshoff, gest.

Kundgebung rückhaltlosen Vertrauens zu dem Werk Adolf Hitlers werde.

Das sind nur einige echte Dokumente, die jedermann in der Konstanz DBZ vom Jahre 1933 schwarz auf weiß nachlesen kann. Damit ist jeder Verleumdung, daß das

„Wahllügen der Kommunisten“

seien, eindeutig die Spitze abgebrochen.

## Schlußfolgerung

Falls weiter gegen UNSER TAG gehetzt werden sollte, sind wir bereit, noch weiteres massives Belastungsmaterial zu veröffentlichen.

Jeder Katholik ziehe aus diesen dokumentierten vorbehaltlosen und fanatisch-religiös begründeten Bekenntnissen zum Nationalsozialismus seitens des katholischen Klerus, der katholischen Zeitungen und katholischen Organisationen aller Art endlich die logische Schlußfolgerung. Es ist an der Zeit, daß alle katholischen Nazimitäufel und Nazifunktionäre, die heute hart getroffene Leidtragende der Entnazifizierung sind, sich bei ihren Verführern dafür bedanken und die neue Verführung, „CSV zu wählen“, ablehnen sollten, um sich diesmal politisch selbständig

für die kommunistische Partei

zu entscheiden, die niemals im Widerstand gegen Hitler geschwankt hat.

## War das Gotteslästerung?

Potsdam, den 21. März 1933. In der festlich geschmückten Nikolaikirche, mit den Würdeträgern des Reiches bis auf den letzten Platz gefüllt (Reichspräsident von Hindenburg, Göring, Dr. Frick, Hugenberg, Dr. Schacht, Prinz August Wilhelm usw.), predigte der Generalsuperintendent Dr. Dibelius über das Wort „Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?“ Das heutige Geschlecht beginne wieder zu begreifen, daß Gott ein handelnder Gott ist, daß uns Gott aus Gnade führt. So wollen wir denn unter der Losung „mit Gott“ einer neuen deutschen Zukunft entgegenstreben. Wir wollen durch Gottes Gnade wieder ein deutsches Volk werden.

In der katholischen Pfarrkirche zelebrierte das Hochamt Dr. Bannasch. Hier waren anwesend SS-Sturmführer Himmler, Vizekanzler von Papen mit seiner Familie, der Nuntius Orsenigo, der vor dem Altar Platz genommen hatte, u. a. Der große Stuhl des Führers blieb leer.

## Der „Selbstmörder“ antwortet

Zu meinem größten Vergnügen hat die „Südwestdeutsche Volkszeitung“ es sich nicht nehmen lassen, meine Meinung in Bezug auf die Wahlparole „Gott oder Selbstmord“ zu publizieren.

Schönen Dank für die Ehre! Denn die Lacher sind auf meiner Seite. Die kommende Wahl wird zeigen, wer aus Eurer gotteslästerlichen Wahlparole die Konsequenzen gezogen hat. Denn wir wählen Sozialisten und nicht den lieben Herrgott als Spitzenkandidaten in den Badischen Landtag und haben uns somit als der fortgeschrittenste Teil der Werktätigen in Südbaden für den politischen Weg entschieden. Wir lehnen es ab, Gott in die Politik einzubeziehen, was nicht zuletzt von braven und gläubigen Christen als Lästerung abgelehnt werden muß. Damit wären alle die Wähler, die nicht CSV wählen, in Eurem Sinne Selbstmörder. Na, demnach meine Herren, am 18. Mai bleibt es bei einer konsequenten Antwort unsererseits.

Unser entschiedenes „Nein“ gilt der Verfassung und unser „Ja“ den sozialistischen Parteien. Wir tun es in klarer Erkenntnis der Dinge. Nicht etwa, weil wir uns aufgegeben haben, nein, weil wir leben wollen. Weil wir uns eine neue Zukunft aufbauen wollen, die frei ist von jeder religiösen Bevormundung, die als ein Hemmschuh in der freien politischen Entwicklung angesehen werden muß.

Denn zu was eine religiöse Bevormundung führt, hat die Geschichte bewiesen. An den bösen Folgen hat das deutsche Volk genug

für immer. Denn es waren Eure Männer, die mit-helfen, dem Faschismus in Deutschland den Weg zu ebnen. Es war Eure Presse, die getreulich mit-half, die ideologischen Voraussetzungen zu schaffen, die so manchem gläubigen Christen zum Verhängnis wurden. Es war Euer Führer, Herr Brüning, der mit dem berühmtesten Artikel 48 der Weimarer Verfassung zu jonglierte und verstand, der Erfinder der Notverordnungen, der die gesetzliche Verankerung der demokratischen Verfassung Stück für Stück illusorisch machte. Es war Euer Spitzenkandidat Franz v. Papen, der als Nachfolger Brünnings das Werk vollendete und dem Faschismus die letzten Steine aus dem Wege räumte. Es war Eure Fraktion, die in der denkwürdigen Reichstagsitzung von 1933 dem Ermächtigungsgesetz zustimmte und damit formell das deutsche Volk an Hitler auslieferte.

Es waren Eure Bischöfe als Eure geistigen Führer, die sich auf der Fuldaer Bischofs-Konferenz am 30. Mai 1933 hinter Hitler und sein blutiges Regime stellten. Euer Herr Erzbischof Dr. Gröber war es, der sich in öffentlicher Rede am 9. Oktober 1933 in Karlsruhe bedenkenlos für Hitler und sein Regime erklärte.

Mit solchen und ähnlichen Tatsachen lassen sich Bände füllen. Aber dieser kleine Ausschnitt mag genügen, um zu beweisen, was religiöse Beeinflussung in der Politik für Folgen hat. Der denkende Mensch lehnt sie ab, samt Eurer Presse, die ein Instrument der ideologischen Irreführung ist. Das Gegenteil wäre Selbstmord.

Euer Selbstmörder aus Muggensturm.  
Johann Bruder.

## 8 Jahre Arbeitslager für Schacht

Einziehung seines Vermögens — „Deutschland geht mich einen Dreck an“

Stuttgart. Im Spruchkammerverfahren gegen den früheren Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht ist das Urteil verkündet worden.

Schacht wird in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht. Er wird auf acht Jahre in ein Arbeitslager eingewiesen. Sein Vermögen wird eingezogen.

Ferner wird in dem Urteil verfügt, daß zwei Jahre politische Haft anzurechnet werden und daß Schacht als körperlich Behinderter, entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zu Sonderarbeit heranzuziehen ist. Im übrigen werden die üblichen Nebenstrafen über ihn verhängt.

In der Urteilsbegründung heißt es: Kein anderer der jetzt noch lebenden Männer des Dritten Reiches sei so schwer belastet wie Schacht. Die von ihm vorgebrachten Entschuldigungen seien in keiner Weise stichhaltig. In seinen Propagandareden hat Schacht nicht etwa nur eine förmliche Redewendung gebraucht, sondern das Lied des Nationalsozialismus kräftig mitgesungen. Einzelne Entlastungsmomente seien vielleicht als Zeichen von Toleranz, aber keineswegs als „Widerstand“ zu werten.

Wie die Frankfurter Neue Presse berichtet, hat Schacht zu ausländischen Pressevertretern u. a. geäußert: Wenn die Allierten einen anderen Standpunkt einnehmen als die Kammer, so sollten sie ihn (Schacht) „herausholen“. Auf weitere Fragen erklärte Schacht: „Deutschland geht mich einen Dreck an.“ — Womit denn die Tarnungsmanöver des „Patrioten“ Schacht erledigt sein dürften.

## Neue Kriegsverbrecherprozesse

Nürnberg. Auf einer Pressekonferenz erklärte der Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten, General Telford Taylor, daß außer den augenblicklich laufenden sieben großen Kriegsverbrecherprozessen bis zum Februar 1948 noch neun weitere Prozesse zu erledigen sind.

1. Prozeß gegen etwa 12 bis 15 hohe Beamte des Auswärtigen Amtes
2. Prozeß gegen Mitglieder der Reichskanzlei, vor allem gegen den Chef der Parteikanzlei Dr. Hans Lammer, und gegen den Reichspressechef Dr. Otto Dietrich.
3. Prozeß gegen die Magnaten der Hermann-Goering-Werke
4. Prozeß gegen Alfred Krupp und Mitglieder des Verwaltungsrates der Kruppwerke in Essen.

# Wie sagen „Nein“

Wir alle wissen, was wir diesmal im Wahllokal erreichen wollen. Wir wollen die undemokratische Verfassung ablehnen und unsere Stimme der Kommunistischen Partei, der Partei des schaffenden Volkes, geben. Wissen wir aber auch, wie wir das machen müssen?

Die Wahlbüros sind am Sonntag von 8 Uhr bis 18 Uhr (6 Uhr nachmittags) geöffnet. Wir erhalten dort, nachdem wir die Schlange bis zum Tisch des Wahlvorstandes durchgestanden, drei Wahlzettel. Die zwei ersten betreffen den Volksentscheid; auf dem einen steht ein großes JA, auf dem andern ein NEIN; der dritte Zettel enthält die Namen und Spitzenkandidaten der vier Parteien in folgender Reihenfolge: Liste 1 SP, Liste 2 CSV, Liste 3 DP und Liste 4 KP. Wir gehen dann weiter zum Wahlvorstand, dem wir unsere Wählerkarte abgeben, und erhalten von ihm zwei Stimmumschläge. Dann gehen wir in eine der Wahlzellen.

In der Wahlzelle legen wir den Stimmzettel mit dem Aufdruck NEIN in den Umschlag, auf dem „Volksentscheid“ steht. Dann kreuzen wir den Kreis neben „Liste 4“ auf dem dritten Stimmzettel an und legen diesen Stimmzettel in den Umschlag mit dem Aufdruck „Landtagswahl“. Jede weitere Anzeichnung des Stimmzettels oder des Umschlages macht die Stimme ungültig! Schließlich gehen wir mit unseren beiden Wahlumschlägen wieder zum Wahlvorstand und legen jeden in die für ihn bezeichnete Urne. Dann erhalten wir unsere Wählerkarte zurück.

Achtet darauf, daß ihr die Wahlurnen nicht verwechselt, sonst ist eure Stimme ungültig!

## „Verschiedene Füße“

Eschbach. Am Sonntag, 11. Mai, fand hier eine gut besuchte Wahlversammlung statt. Nach dem Referat von Gen. Fels wurde von der Diskussion lebhaft Gebrauch gemacht. Von Bauern wurde darauf hingewiesen, daß bis heute noch nicht die notwendigen Saatkartoffeln geliefert wurden. Mit der Versorgung von Düngemitteln sieht es nicht besser aus.

Ein besonderes Kapitel rollte ein Bauer auf, betreffs der Versorgung mit Kleidung und Schuhen. Er erzählte: Mit einem Bezugsschein, den er nach langer Mühe endlich erhalten konnte, mußte er fünfmal nach Mühlheim und sechsmal nach Heitersheim fahren. Als er alle Strapazen überwunden hatte, erhielt er ein Paar alte Schuhe ausgehängt, und außerdem mußte er noch die Feststellung machen, daß es zweierlei Schuhe waren. Als er sich beschwerte, wurde dem Bauern erklärt, die Schuhe seien schon in Ordnung, aber seine Füße seien verschieden! Als man mit diesem Blödsinn den Bauern nicht überzeugen konnte, mußte man zugeben, daß in dem Lager überhaupt nur ungleichmäßige Schuhe zusammengepaart waren.

## Gewerkschaftsbewegung

Freiburg. Am heutigen Samstag, 20. Uhr, findet im Hörsaal I der Universität eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung statt. Es spricht der Vorsitzende der Badischen Gewerkschaftsbundes, Kollege Reibel, über Abschnitt 3 der Verfassung „Arbeit und Wirtschaft“.

# Gewerkschaften und Direktion Arbeit

Die allmonatlich bei der Direktion Arbeit des Bad. Wirtschaftsministeriums stattfindende Konferenz der Vorsitzenden der Ortsausschüsse, der Landesvereinigungen und des Bundesvorstandes des Badischen Gewerkschaftsbundes fand am 12. Mai statt. Auf der Tagesordnung standen Fragen der praktischen Durchführung der Bestimmungen über die Betriebsräte, so die Anfrage aus Gewerkschaftskreisen, ob die mangelnde Zustimmung des Betriebsrats bei Entlassungen durch die Zustimmung des Arbeitsamts ersetzt werden könnte. Es herrscht darüber Unklarheit und es soll mit den zuständigen Stellen eine Klärung herbeigeführt werden. Die Gewerkschaftsvertreter setzen sich für eine höhere Einstufung der Bauarbeiter, der Monteure, der Gärtner, der Langholzarbeiter, der Nachtschichtarbeiter usw. bei der Gewährung von Schwerarbeiterzulagen ein. Von Seiten des Gewerbeaufsichtsamts wurde darauf hingewiesen, daß alle diese Fragen geprüft werden und das Gewerbeaufsichtsamts sich auch in Zukunft für diese berechtigten Wünsche der Arbeitnehmer einsetzen würde. In den Betrieben sollten die Betriebsräte eine genaue Kontrolle über die Verteilung der Zulagekarten durchführen, um Mißbräuchen vorzubeugen.

Einmütig wurde auch die Einführung der doppelten Sommerzeit als nicht tragbar für die Schaffenden bezeichnet und eine Entschleunigung angenommen, die die Gründe für die Ablehnung den zuständigen Stellen unterbreitet. Eine längere Aussprache entspann sich über die Durchführung der Arbeitsverpflichtungen, deren aus der Nazizeit stammende Anwendung stark bemängelt wurde. Wenn sie aus bestimmten Gründen nicht vermeidbar seien, so müßten unter allen Umständen die hierfür vorgesehenen Ausschüsse mit den einzelnen Fällen befaßt werden, was z. Zt. nur teilweise geschieht. Auch Arbeitsverpflichtungen nach Arbeitsstellen außerhalb des Wohnortes sollen nur dann vorgenommen werden, wenn vorher für menschenwürdige Unterkunft und ausreichende Verpflegung gesorgt sei. Selbstverständlich müssen die tariflich vorgesehenen Wegezulagen, Trennungszulagen usw. gesichert sein.

Die Frage der evtl. Verpflichtung zur Entlassung kommender Kriegsgefangener als Zivilarbeiter in Frankreich und eine evtl. Anwerbung solcher in Deutschland wurde vom zuständigen Referenten Kappes behandelt. In der Aussprache darüber wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß dadurch gerade die für den Wiederaufbau notwendigen Fachkräfte für Deutschland verloren gingen und weiter die Gefahr bestände, daß diese Arbeiter im Ausland als Lohnrücker gegenüber den dortigen Arbeitskräften ausgenutzt werden könnten. Es wurde der Wunsch geäußert, man möge den Gewerkschaften die Möglichkeit geben, durch ihre Vertreter mit den Kriegsgefangenen in den Lagern in Verbindung zu treten. Außerdem müsse dafür gesorgt werden, daß diese deutschen Arbeiter beim Eintritt in ein reguläres Arbeitsverhältnis

im Ausland als vollwertige Mitglieder in die ausländischen Gewerkschaften aufgenommen würden. Die Errichtung von wilden Anwerbebüros dürfe nicht geduldet werden, und die Gewerkschaften müßten in dieser Frage zusammen mit den Arbeitsämtern eingeschaltet werden.

## Nur keine strenge Strafe!

Schiebungen mit Marken und Bezugsscheinen. Waldkirch. Vor dem hiesigen Amtsgericht fand die Verhandlung gegen Frau Kroll, Inhaberin eines Gemischtwarengeschäftes in Waldkirch, deren Bruder, den Angestellten beim Ernährungsamt in Emmendingen Wehrle, und Frau Rieder, Angestellte bei der Bezirkskartenstelle in Waldkirch, statt. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, fortgesetzt gegen die Bestimmungen und Verordnungen auf dem Gebiete der Ernährungsversicherung sich vergangen zu haben. Den beiden Verwaltungsangestellten ferner, daß sie ihre Vertrauensstellungen größtenteils mißbraucht hätten.

In der Verhandlung war man offensichtlich allseits bestrebt, die ganze Angelegenheit in einem gewissen „Rahmen“ zu halten, so wurden z. B. keine Zeugen vernommen, obwohl in der Öffentlichkeit sehr bekannt ist, daß ein weit größerer Kreis belastet sein müßte. Die treibende Kraft in der ganzen Affäre war die Kroll, die ihren Bruder Wehrle bereitede, beim Ernährungsamt in Emmendingen Bogen aufgeklebter Marken zu entwenden, diese dann umklebte oder der Einfachheit halber die Köpfe der Bogen abschchnitt, um sie bei der Bezirkskartenstelle in Waldkirch vorzulegen und Bezugsscheine in Empfang zu nehmen, die ihr dann von der Rieder hier ausgefertigt wurden, obwohl die Letztere gewußt haben muß, daß die abgelieferten Bogen nicht zu Recht erworben waren. Der ganze Schwindel war nur möglich im Zusammenwirken aller drei Angeklagten.

Das allzu milde Urteil lautete: Für Frau Kroll auf 8 Monate Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe; für Wehrle auf 6 Monate Gefängnis und für Frau Rieder auf 5 Monate Gefängnis.

## Brennholz vom Schauinsland

Freiburg. Das Wirtschaftsamt teilt mit, daß es nennmehr gelungen ist, für die Selbstaufbereiter von Brennholz, die im Schauinslandgebiet eingewiesen sind, eine Zufahrtsmöglichkeit zur Talstation zu schaffen. Die Selbstaufbereiter haben demnach Gelegenheit von der Endhaltestelle Günterstal bis zur Talstation mit einem Kraftwagen befördert zu werden. Der Zubringerdienst erfolgt mittels Lastkraftwagen vom Rottecksplatz aus. Die Abfahrtszeit ist um 7 Uhr morgens.

Neustadt i. Schw. Die Sprechzeiten bei sämtlichen hiesigen Behördenstellen wurden so festgelegt, daß zukünftig nur noch morgens Besucher empfangen werden und zwar vormittags von 8 bis 12 Uhr. Nachmittags findet also kein Publikumsverkehr statt.

**Bekanntmachung der Stadt Freiburg**  
Der Stadtrat der Stadt Freiburg i. Br. beschloß in seiner Sitzung vom 1. April 1947 auf Grund des § 17 der Badischen Gemeindeordnung vom 31. März 1947 folgende Gemeindeordnung:  
§ 1. Alle in der Stadt Freiburg wohnenden deutschen männlichen Personen im Alter von 16-60 Jahren und weiblichen Personen im Alter von 16-45 Jahren sind zur Mitarbeit bei der Trümmerbeseitigung und andern der Vorbereitung des Wiederaufbaus der Stadt dienenden vordringlichen Arbeiten verpflichtet.  
§ 2. Der Pflichtige kann bis zu 2 Tagen im Monat zur Dienstleistung herangezogen werden. Art und Zeit der Arbeitsleistung bestimmt der Oberbürgermeister. Der Aufruf zur Arbeit erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung.  
§ 3. Arbeitsentgelt wird für die geleistete Arbeit nicht gewährt. Zur Verlohnung bis zu 1 Mark bezahlt.  
§ 4. Die zum Dienst Aufergerufenen sind gleichmäßig für die Dauer ihrer Tätigkeit gegen Betriebsunfall zu versichern.  
§ 5. Von der Verpflichtung zur Mitarbeit sind befreit: Hausfrauen, die einen Haushalt führen; schwangere und stillende Mütter; Ordensschwester und Diakonissen; Schwerkrankenbeschädigte und über 50 Prozent Unfallbeschädigte; Kriegsverwehrene der Wehrertritte 3-4; Erwerbsbeschränkte, die den Schwerbeschädigten gleichgestellt sind; Invaliden und Gebrechliche.

§ 6. In weiteren Fällen kann der Oberbürgermeister oder die von ihm bestimmte Stadt. Dienststelle bei Vorliegen besonderer Verhältnisse Befreiung gewähren.  
§ 7. Wer ohne berechtigten Grund seiner Dienstpflicht nicht nachkommt, kann für jeden Fall der Versäumnis mit einer Geldbuße bis zu der in der Gemeindeordnung festgesetzten Höhe belegt werden.  
§ 8. Alle zur Durchführung dieser Gemeindeordnung erforderlichen Anordnungen erläßt die vom Oberbürgermeister bestimmte städt. Dienststelle.  
§ 9. Diese Satzung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft; sie tritt am 30. Mai 1947 außer Kraft.  
Freiburg i. Br., den 1. April 1947.  
Bürgermeisteramt. gez. Dr. Hoffmann, Oberbürgermeister.

**Bekanntmachung der Haushaltungsatzung der Stadt Freiburg i. Br.**  
Auf Grund des § 86 Abs. 2 der Deutschen und Gemeindeordnung vom 30. 1. 1935 wird für das Rechnungsjahr 1946 folgende Haushaltungsatzung der Stadt Freiburg i. Br. bekanntgemacht:  
I. § 1. Der Haushaltungsplan der Stadt Freiburg i. Br. für das Rechnungsjahr 1946 wird festgesetzt: a) im ordentlichen Haushaltungsplan; in den Einnahmen auf 18 372 700 Mk., in den Ausgaben auf 31 146 900 Mk., Fehlbetrag 4 774 200 Mk., b) im außerordentlichen Haushaltungsplan; in den Einnahmen auf 17 908 950 Mk., in den Ausgaben auf 17 908 950 Mk.  
§ 2. Die Steuerbesätze für die Grund- und Gewerbesteuer werden für das Rechnungsjahr 1946 wie folgt festgesetzt: a) Für die Stadt Freiburg (ohne Stadtteil St. Georgen): 1. Grundsteuer: a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe: Hebesatz 170 v. H., b) für die Grundstücke: Hebesatz 170 v. H., der nach dem Grundsteuergesetz vom 1. 12. 36 ermittelten Steuermaßbeträge. 2. Gewerbesteuer nach dem Gewerbesteuergesetz vom 1. 12. 1936 ermittelten Steuermaßbeträge. 3. Gewerbesteuer nach dem Gewerbesteuergesetz vom 1. 12. 1936 ermittelten Steuermaßbeträge. b) Für das Gebiet der früheren Gemarkung St. Georgen: 1. Grundsteuer: a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe: Hebesatz 220 v. H., b) für die Grundstücke: Hebesatz 220 v. H., 2. Gewerbesteuer nach dem Gewerbesteuergesetz vom 1. 12. 36 ermittelten Steuermaßbeträge.  
§ 3. Von der Aufnahme eines Kassenkredits wird abgesehen.  
§ 4. Der Gesamtbetrag der Darlehen, die zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentl. Haushaltsplanes bestimmt sind, beträgt 2 323 850 Mk. Solange und soweit eine Kapitalaufnahme nicht möglich ist, ist der erforderliche Betrag vorrätig in verfügbaren Rücklagen und Fondsmitteln zu entnehmen.  
II. Die nach § 86 der Deutschen Gemeindeordnung erforderlichen Genehmigungen der Aufsichtsbehörde sind unter dem 18. 1. 1947 erteilt worden.  
III. Der Haushaltsplan liegt gemäß § 86 Abs. 3 der Deutschen Gemeindeordnung vom 10. bis zum 30. Mai 1947 im Rathaus Zimmer 31 öffentl. auf.  
Freiburg, den 24. April 1947.  
Dr. Hoffmann, Oberbürgermeister.

## Suchdienst

**Soldatensuchdienst.** Wer kann Auskunft geben über Fritz Baumann, geb. 29. 8. 09 in Lembach i. Elsaß? Letzte Adr.: Schütze i. Pz.-Jäger-Ers- und Ausb. 10. Straubing. Letzte Nachricht Abschnitt Posen 1945.

## Stellengesuche

**Technischer Kaufmann** der Bau- und Maschinenbauindustrie, langjährige Praxis in leitender Stellung, französische Sprache in Wort und Schrift, sucht per sofort oder später entsprechende Stellung oder Beteiligung. Offerten unter Nr. 2416 an UNSER TAG, Rastatt, Kaiserstraße 1. (32-184)

## Kauf - Verkauf

**Kontroll- oder Registrierkasse** zu kaufen, zu tauschen oder zu mieten gesucht. Eisenhandlung Bennetz, Freiburg i. Br., Talstraße 1. (32-136)  
Zu verkaufen: 1 Büchschrank, 1 Couch, 1 Eisschrank, 1 Fahrrad m. Bereifung, 1 elektr. Bügeleisen, 1 elektr. Staubsauger 220 V. Zu kaufen gesucht: 1 Scheibmaschine. Zuschr. u. Nr. 20-389 an die Gesch.-Stelle UNSER TAG, Freiburg-Br., Schwabentorstr. 1.

## Heiraten

**Beckmann Weltlexikon 1939, 2 Bd.,** neuwertig, abzugeben. Zuschriften u. Nr. 20-387 an die Geschäftsstelle UNSER TAG, Freiburg, Br., Schwabentorstr. 1.

## Heiraten

**Fleiß. Mädel vom Lande, 29 J., m. 2 Kindern,** vom Schicksal schwer geprüft, sucht gesunden Lebenskameraden. (Landwirt mit eigenem Heim.) Zuschr. u. Nr. 20-364 an die Geschäftsstelle UNSER TAG, Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

## Geschäftsanzeigen

**Dr. Robert Seydewitz,** Facharzt für Augenkrankheiten Freiburg i. Br., Mathildenstr. 4 (gegenüber der Kinderklinik) Zu den Kassen zugelassen. — Sprechstunden: 9-11.30 und 14 bis 16 Uhr, außer Mittwochnachmittag und Samstag. (20-393)

## Stellenangebote

**Zum sofortigen Eintritt** werden gesucht: 1 intelligenter junger Mann, möglichst mit Vorkenntnissen in der Viehwirtschaft. (Jedoch nicht erforderlich.) 2 Schreibmaschinenkräfte, die flott stenographieren und fließend in die Schreibmaschine übertragen können. (Weibliche oder männliche Kräfte.) 1 Reinemachefrau zum Reinigen von 3 kleineren Zimmern. (Tägl. Arbeit von ca. 1 Stunde.) Bewerbungen bzw. persönliche Vorstellung umgehend bei der Erfassungsabteilung des Ernährungsamtes Freiburg-Land, Freiburg i. Br., Bergleweg 2 (Ecke Loretto- u. Mercyrstraße). (20-380)

## Vertretungen

**Vertreter(innen) von Wirtschafts-**vertrieb für alle Kreise der franz. Bes.-Zone. Monatsk. Mk. 250 u. Provision. Angeb. (Lichtbild) an Vermittl.-Zentrale Seidel, Rheinfelden/Baden. (32-989)

## Beteiligungen

**Beteiligung an Holzbearbeitungs-**betrieb geboten. Voraussetzung: guter Organisator mit nachweisl. besten Beziehungen zum Rohstoffmarkt u. kaufm. od. techn. Fähigkeiten, einen Betrieb aufzubauen und zu leiten. Angeb. unter H. 1228 an Obanex, Anz.-Exp., Freiburg i. Br. (O-102)

## Wohnungstausch

**Wir suchen für einen Betriebs-**angehörigen für sofort eine 2-3-Zimmer-Wohnung in Littenweiler oder Oberwehre. Geboten wird in Freiburg-St. Georgen eine 3-Zimmer-Wohnung in Neubau, Schwarzwälder Möbelfabrik Walter Faigle K.-G., Freiburg-Littenweiler, Kirchzartener Str. 21.

## Unterricht

**Wer gibt Unterricht in Gebrauchs-**Englisch? Zuschr. u. Nr. 20-367 an die Geschäftsstelle UNSER TAG, Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

## Verkaufe

**Damen-Wintermantel, Gr. 44-46** (neu, dunkel) zu verkaufen. Zuschriften u. Nr. 20-386 an die Geschäftsstelle UNSER TAG, Freiburg, Br., Schwabentorstr. 1.

## Verkaufe

**1 Kühlschrank, elektr. (Kobold),** 1 komb. elektr. Herd (2 Kohlen, 2 Elektr.), 1 Kindersportwagen, 1 Standspiegel (Glas 5x2 m), 1 elektrischer Belichtungsmesser (Bevl), 2 Motorradreifen 3,5x19 Hohner Handharmonika (Club-Mod. X), neu zu verkaufen. 5 Reifen mit Schläuchen (400 bis 500 x 16) zu kaufen ges. Zuschr. u. Nr. 32-113 UNSER TAG, Offenburg. Postfach 361.

## Verkaufe

**Schallplatten** zu verkaufen, Kindersportwagen od. Damenschuhe Gr. 37-39 zu kaufen gesucht. Zuschriften u. Nr. 20-390 an die Geschäftsstelle UNSER TAG, Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

## Verkaufe

**Backstein- u. Sandgewinnung** aus günstig gelegenen Trümmerstätten bei guter Verdienstmöglichkeit, auch nebenberuflich, zu vergeben. O. u. F. Geiges, Baugeschäft, Freiburg, Hildastr. 17.

## Verkaufe

**Lampenschirme** bezieht mit ihrem mitgebrachten Material M. Pastenier, Freiburg i. Br., Basler Str. 6 II. Stock. (Pa-1)

## Verkaufe

**Adressen aus ganz Deutschland** für Bezugsquellen und Absatzgebiete von Industrie, Handel, Gewerbe und Berufen liefert Adressen-Verlag Böling, (22 c) Düren, Rheinland-Schlusbaum 5.

## Verkaufe

**Sprechstörungen (Stottern usw.)** Behandlung im Psychotherapeutischen Institut Landau, Pfalz, Marienberg 12. Auch Aufnahme mit Verpflegung (Internat). (Ba-8)

## Verkaufe

**Werde Erfolgsmensch!** Zur Beratung ca. 20 Zeilen, Alter, Beruf u. 15 Mk. an Handschrift-Studio Schleißheim G. 14 bei München.

## Verkaufe

**23-jähr. schuld., geschiedene Frau** m. 1 Kind wünscht nach schwerer Enttäuschung wahr. Lebensgefährtin bis 35 J. kennen zu lernen. Tüchtigem Maler kann Ehefrau in Geschäft geboten werden. Angeb. m. Bild u. B 1195 an OBANEX, Anz.-Exp., Freiburg i. Br. (O-99)

## Verkaufe

**Harmonie, das Großinstitut für** Eheanbahnung Margarete Selig unterhält in S- u. SW-Deutschland über 20 Geschäftsstellen, deren Anschriften die Verwaltung in Konstanz, Bodanstr. 3. Interessenten gerne bekanntigt.

## Verkaufe

**Riegerwitwe, 40 Jahre alt,** gute Erscheinung, sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft eines charakterfesten Herrn, passenden Alters, zwecks späterer Ehe. Offerten sind unter 32-109 zu richten an UNSER TAG, Offenburg, Postfach 361.

## Versammlungskalender der KP

Samstag, 17. Mai  
Fahnau: Eiche; Freistett; Jerrentrup; Gauchlingen; Dr. Kahns und Gollenbeck; Gallingen; Lochbaum; Herbolzheim; Käthe Seifried; Klengen; Heinzmann und Schleicher; Lörrach; Eckert; Markelfingen; Schreyer; Steinen; Wohlraht; Sulz; Faulhaber; Ueberlingen; Dr. Bittel; Waldkirch; Blühe und Gnirs; Wollmatingen; Hoffmann und Bächler.  
Am 24. Mai, 9 Uhr, findet in den Räumen der Landesleitung, Freiburg, Vaubanstraße 12, die nächste Partiarbeiter-Konferenz statt.

## Naziredakteur schreibt Lustspiel

Neustadt (Schw.) Hier wurde kürzlich ein Lustspiel des Redakteurs Karl Backes aufgeführt. Dazu ist folgendes zu bemerken: Karl Backes war bis Kriegsende Redakteur der berüchtigten Nazizeitung „Der Alemanne“ und hat auf diesem Wege in jahrelanger Hetze die Goebbels'sche Lügenpropaganda täglich in das Volk getragen, hat aufgerufen zum Judenmord, hat mit eingestimmt in das Kriegsgeschrei und hat es an Jubelrufen nicht fehlen lassen, als ganz Europa von der braunen Masse zertreten wurde. So ist Backes einer der Hauptschuldigen an unserem Elend geworden und durch seine Mitschuld ist unsagbares Leid über uns gekommen. Wie Backes in einer eigenen Besprechung selbst kundtut, hat er sein Lustspiel in der Kriegsgefangenschaft geschrieben. Es klingt wie eine Verhöhnung des deutschen Volkes und spricht für die Charakterlosigkeit des Nazigesellen Backes, daß dieser in der Stunde des Zusammenbruchs nichts anderes zu tun wußte, als ein Lustspiel zu schreiben. Während Deutschland aus allen Wunden blutend am Boden lag, während die Schuld der Backes und Konsorten klar zu Tage trat, hatte diese saubere Redakteur keine andere Regung, als ein Lustspiel zu schreiben. Seine Verführten, denen er täglich mit seiner Schmutzzeitung das braune Gift einimpfte, stehen heute vor den Spruchkammern. Backes aber führt sein Lustspiel auf und trägt dabei Sorge, daß die Rollen von alten SA-Männern sorgfältig einstudiert werden. Seine Plakatwerbung machte er aber wohlweislich anonym, um dann später erst die Katze aus dem Sack zu lassen.

Wir in Neustadt aber sind für solche Scherze nicht aufgelegt und verbiten uns ein Lustspiel der einstigen Nazierren. Wir haben heute noch genug unter der Tragödie von Hitler zu leiden und sind der Ansicht, daß man die Backes und Konsorten einer Tätigkeit zuführen soll, bei der ihnen das Lustspielschreiben vergeht. H.B.

Das Freiburger Kasperltheater veranstaltet in den Tagen vom 23.-31. Mai eine Festspielwoche zugunsten des Kinderdorfes Wählwey, eines Pestalozzihomes für Kriegserwachsene. Zur Aufführung gelangen die beiden lustigen Kasperlgeschichten „Die Zaubertrube“ und „Kasperle in Afrika“. Vorstellungen täglich um 14 und 16 Uhr im Heimatsaal der Harmonie. Karten nur im Vorverkauf.

Verantwortlich für den Heimatsaal: Hans Adam Fechter, Oberbürgermeister.